



Die Internationale Arbeiterkorrespondenz

Nr. 21, Mai 2024

Internationalistische Sozialistische Gruppe
deutsche Sektion des Organisationskomitees
für die Wiederherstellung der IV. Internationale (OK)
<https://internationalistische-sozialistische-gruppe.org>

Der Marsch in den Krieg, die Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens - »Kriegstüchtigkeit« - und der Burgfrieden: Warum wir als Kämpfer der Internationalistischen Sozialistischen Gruppe den Kampf für den Aufbau einer Arbeiterpartei mit ganzer Kraft unterstützen

„Der Hauptfeind jedes Volkes steht in seinem eigenen Land! Der Hauptfeind des deutschen Volkes steht in Deutschland: der deutsche Imperialismus, die deutsche Kriegspartei, die deutsche Geheimdiplomatie. Diesen Feind im eigenen Lande gilt's für das deutsche Volk zu bekämpfen, zu bekämpfen im politischen Kampf, zusammenwirkend mit dem Proletariat der anderen Länder, dessen Kampf gegen seine heimischen Imperialisten geht. Proletarier aller Länder ... vereinigt Euch zum internationalen Klassenkampf gegen die Verschwörungen der Geheimdiplomatie, gegen den Imperialismus, gegen den Krieg, für einen Frieden im sozialistischen Geist.“ (Karl Liebknecht: Der Hauptfeind steht im eigenen Land! Flugblatt, Mai 1915. In: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. VIII, S. 230. Berlin: 1972.)

* * * *

In der vorangegangenen Ausgabe von *Die Internationale – Arbeiterpolitik* Nr. 20, haben wir das *Bündnis Sahra Wagenknecht* (BSW) als „Bündnis auf dem Terrain der bürgerlichen Parteien und der Rechtsextremen“ charakterisiert.

Mit dieser Ausgabe wenden wir uns primär an Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen, die sich nach wie vor in der Tradition der Arbeiterbewegung verstehen, an alle Kämpfer für die Rechte der Arbeiterkasse, also auch an Sozialdemokrat/innen, die – aus den gleichen Gründen – den Kurs ihrer Führung und den der Regierung Scholz ablehnen, die die Angriffe auf die Errungenschaften der Arbeiterbewegung nicht widerstandslos hinnehmen wollen und können.

Dieser Beitrag wird geschrieben in einer Zeit, in der die Kriege (Ukraine, Gaza, Naher Osten, afrikanischer Kontinent...) und die zunehmende Eskalation des US-Imperialismus und seiner Verbündeten gegen China immer umfassender werden und ebenso der Krieg gegen die demokratischen und sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse vorangetrieben wird.

Die Regierung Scholz reiht sich dabei ein hinter dem US-Imperialismus, Scholz gebärdet sich offen als Bidens Befehlsempfänger, wobei der deutsche Imperialismus durchaus eigene Interessen hat, die von Biden und seiner Regierung scharf zurechtgestutzt werden, entsprechend der Bedürfnisse der US-Multis und der vom US-Imperialismus definierten »Welt- und Wertordnung«. Am 7.2.2022, vor dem Beginn des imperialistischen Krieges in der Ukraine, erklärte Scholz, keine Waffen an die Ukraine zu liefern, die Pipeline durch die Ostsee weiter in Betrieb zu lassen. Am 8.2. erklärt Biden, „wenn Russland in die Ukraine einmarschiert, wird es kein Nord Stream 2 geben, wir werden das beenden.“ Am 27.2. kündigte Scholz das »Sondervermögen Bundeswehr« im Volumen von 100 Milliarden Euro an. Das »Sondervermögen« liefert die Grundlage für den spekulationsgetriebenen Höheflug von Rheinmetall. Die »Sanktionen« gegen Russland treffen die übrige Wirtschaft und ihren »Osthandel« schwer. Von der Sprengung der Pipeline profitiert die US-Gasindustrie... Das alles ist nicht neu, unterstreicht aber die Kräfteverhältnisse, an die erinnert werden soll.

Die Regierung Scholz steht zugleich in einem Krieg gegen die Errungenschaften der Arbeiterklasse, einem Krieg, in dem es um nicht weniger geht als um die Existenz der Klasse als »Klasse für sich«, mit ihren Organisationen und allen daran noch hängenden Errungenschaften.

Zugleich stehen die Arbeiterklasse und Jugend in Deutschland und weltweit im harten Widerstandskampf gegen diese Angriffe, die in Deutschland von der »Fortschrittskoalition« auf die Linie der Vorgaben des US-Imperialismus, der EU und der NATO forciert werden.

Der Widerstand der Arbeiterklasse und Jugend hat sich in Deutschland in den zurückliegenden Tarifkämpfen aber ebenso in den Kämpfen zur Verteidigung der Betriebe und Arbeitsplätze, des Bildungswesens etc. ausgedrückt.

Die Tarifkämpfe waren von den Gewerkschaftsmitgliedern geführt worden, um den weiteren Reallohnverlust zu verhindern. 2022 erlebten die Werktätigen den stärksten Reallohn-



verlust seit 2008. Gegenüber 2022 stiegen im Jahr 2023 die Reallöhne um kümmerliche 0,1 Prozent. Der erste Anstieg seit 2019. Dieser »Anstieg« ist nicht die Folge tabellenwirksamer Lohnsteigerungen, sondern Effekt der »Sonderzahlungen«, die die »Konzertierte Aktion« im Sommer 2022 verabredet hat (alles nachzulesen beim Statistischen Bundesamt, 29.2.2024).

Betonen wir an dieser Stelle nochmals: Die »Sonderzahlungen« schlagen sich nicht dauerhaft in den Lohn- oder Entgelttabellen der Tarifverträge nieder. Sie verpuffen und bilden nicht den Sockel für zukünftige Lohnsteigerungen, sie bilden nicht die Basis für Rentenberechnungen etc. Sie sind eine Form der verschärften Erpressung des Mehrwertes, den die Kapitalistenklasse sich aneignet. Und schließlich muss erneut betont werden, dass die Berechnungen zur Inflation, aus denen auch ein möglicher, wenn auch minimaler Reallohnzuwachs resultiert, nicht dem »Warenkorb«, den die Arbeiterklasse sich leisten kann, entspricht. Im Jahr 2023 hatten sich gegenüber 2022 die Preise für Nahrungsmittel um 12,4 % erhöht, nachdem im Jahr 2022 eine Preissteigerung von 13,4 % ermittelt wurde.

Die Gewerkschaftsführungen im Burgfrieden haben den Mitgliedern das von ihnen selbst so bezeichnete »vergiftete Geschenk« (F. Wernecke) allerdings anschließend als Ergebnis präsentiert, das sich „*absolut sehen*“ lassen könne. Doch die Kolleginnen und Kollegen wissen um die Qualität der Ergebnisse. Sie haben z.B. als ver.di-Mitglieder dagegen erklärt, „dafür waren wir nicht auf der Straße“ (vgl. u.a. das Interview mit V. Musmann und C. Naumann im ND, 11.1.2024) und verweisen auf unendlich lange »Nullmonate« und riefen auf zur Ablehnung des Tarifergebnisses.

Nein, den Kolleginnen und Kollegen ging und geht es um deutlich mehr. Sie wollen und brauchen Löhne (und Renten!), von denen sie leben können. Lindners Finanzministerium stellt am 1.3.2024 die Vermögensverteilung vor. Die »unteren 50 Prozent« der Bevölkerung haben einen Anteil von 2,3 % am Gesamtvermögen. Nicht ohne Stolz erklärt das Ministerium, dass dies gegenüber 2011 nominal einer Verdopplung der Vermögen entspräche. Aber der Anteil vom Gesamtvermögen steigt dadurch nur um 0,1 Prozentpunkt. Nominal haben die »oberen 10 Prozent« der ihr Vermögen im selben Zeitraum auch verdoppelt: Von 5 auf 10,5 Billionen. Ihr Anteil am Gesamtvermögen beträgt 61,2 Prozent. Andere Zahlen (von Oxfam) verdeutlichen noch klarer: „*Allein zwischen 2020 und 2023 stiegen demnach in Deutschland die Dividenden um 27 Prozent, während die Löhne der Arbeiter um zwölf Prozent sanken. Weltweit dominierten milliardenschwere Riesenkonzerne die Märkte. Der Wert des Techkonzerns Apple etwa sei mit rund drei Billionen US-Dollar so hoch wie das BIP Frankreichs.*“ (jW, 2.5.2024)

Die Antwort der Regierung Scholz: weitere harte Angriffe auf die Arbeiterklasse, initiiert vorwiegend über die FDP.

Dieses Mal – so der Tagesspiegel, 21.4.2024 – will die FDP »mit sozialer Härte aus der Wirtschaftskrise«. Bis hin zur vollständigen Streichung von Leistungen sollen die bestraft werden, die ohnehin nichts haben. »Rente 63«? Weg damit. Das »Moratorium für Sozialleistungen« soll den Kriegshaushalt finanzieren. Das zwölf Punktepapier der FDP erinnert an 1982 und das Lambsdorff-Papier »Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit«. Mit diesem Papier leitete die FDP den Bruch mit der von Schmidt geführten SPD und die Koalition mit CDU/CSU ein.

Die heutige Krise birgt für die Kapitalisten in Deutschland Gefahren, für die Arbeiterklasse die weitaus größeren. Es geht um ihre unabhängigen Organisationen.

Für die Kapitalisten geht es um ihren Platz und ihre Position in der Weltwirtschaft. Die vom US-Imperialismus diktierten »Sanktionen« gegen Russland treffen ihre Exportwirtschaft hart. Dennoch müssen die Kapitalisten ihren Platz verteidigen. Nicht nur in Deutschland. Deshalb sind wir Zeugen einer sehr vergleichbaren Politik des Kapitals und seiner Regierungen. Die Antireformen ähneln sich in der EU, sei es bei den Schlägen gegen das Schul- und Bildungswesen, die Gesundheitsversorgung (die Krankenkassen warnen vor der drohenden Pleite der Pflegeversicherung), die Renten... Die EU koordiniert. Ebenso bei allen Maßnahmen zur Ausbeutung und den Angriffen auf den Wert der Arbeitskraft als Ware. Wenn die Löhne zwischen 2020 und 2022 um 12 Prozent gesunken sind, so drückt dies aus, dass der Wert der Ware Arbeitskraft unter ihren bisherigen Wert gedrückt werden muss, damit das Kapital als Klasse zusätzlichen Mehrwert erzeugen kann. Nur in diesem Kontext sind die Prekarisierungen und Deregulierungen der Arbeitsverhältnisse, die massive Erosion der Tarifverträge zu verstehen.

Das greift die Organisationen der Arbeiterklasse direkt an. Der kollektive Charakter ihrer Errungenschaften und der Organisationen ist unvereinbar mit der Erpressung des Mehrwertes. Und an diesem Prozess beteiligen sich die Führungen der Apparate direkt. Unübersehbar und mehr noch als vor über 85 Jahren gilt, was das Programm der IV. Internationale direkt am Anfang erklärt: „*Die allgemeine politische Weltlage zeichnet sich vor allem durch eine historische Krise der Führung des Proletariats aus.*“

Das schließt nicht aus, wie es sich z.B. in der Frage des Kampfes gegen den Krieg zeigt, dass der Widerstand gegen die Politik der verräterischen Führungen selbst bis in die Ebenen der nationalen Gewerkschaftstage überaus lebendig ist. Wenn auch nicht die Mehrheit, so haben sich dennoch große Teile der Delegierten gegen den Kurs der Führungen von ver.di und der IG Metall zur Wehr gesetzt und haben die Unterordnung der Organisationen unter den Burgfrieden abgelehnt. Selbst wenn die Führung in der »Konzertierten Aktion« mit Kapital und Regierung Vereinbarungen trifft, heißt das nicht, dass sie die gesamte Organisation »im Griff« haben. Die Organisation als Ergebnis der Klassenkämpfe setzt sich, da und soweit sie kann, gegen die von der Führung diktierte Politik zur Wehr.

Doch wie sieht es nun mit der »Wirtschaftskrise« aus?

Die Klasse der Kapitalisten braucht eine Politik und Regierung, die ohne Kompromiss gegen die Arbeiterklasse und ihre noch bestehenden Errungenschaften vorgeht. Die von den Führungen der Gewerkschaften betriebene Burgfriedenspolitik ist jedoch keineswegs stabil. Ver.di versucht z.B. im Tarifkampf im Nahverkehrssektor alles, um die Abschlüsse wie bei der Post, im öffentlichen Dienst usw. zu wiederholen. Die Führung geht dabei in einigen Bundesländern in die Urabstimmung, die sie zugleich torpediert, indem sie in anderen »zähneknirschend« die Schlichtung sucht. Sie zerstören damit das Instrument der Urabstimmung. Und das sehen und wissen die Kolleginnen und Kollegen. Die Schläge, die der Arbeiterklasse zugefügt werden sollen, müssen härter werden. Für das deutsche Kapital gibt es keinen anderen Weg. Mit diesem Vorgehen geht die deutsche Bourgeoisie allerdings ein enormes Risiko ein: Das Risiko, alle Verhältnisse zwischen den Klassen und die politischen Verhältnisse in Deutschland zu destabilisieren. Sie bereitet eine enorme soziale und politische Explosion vor.

Scholz, der bei seiner China-Reise von Konzernvertretern, u.a. der Automobilindustrie begleitet wurde, verlangt »faire

→ Wettbewerbsbedingungen« von der chinesischen Führung, derweil die EU-Kommission Strafzölle auf »chinesische Billigautos« oder Solarmodule verhängen will. Scholz muss eine Gradwanderung vollziehen, denn die ihn begleitenden Konzernherren wollen keinesfalls ihre Geschäfte mit und in China gefährdet sehen. Sie brauchen und fordern allerdings die Loslösung vom als Fessel empfundenen Staatseigentum in China.

Die »Wirtschaftskrise« erscheint als eine Bremse der Expansionsbestrebungen des Kapitals. Diese Bremse zu »lösen« schließt den Krieg als Mittel ausdrücklich ein, wie die zunehmenden militärischen gegen China gerichteten »Operationen« im Südchinesischen Meer, bei denen der deutsche Imperialismus nicht fehlen will und kann, zeigen.

Befindet sich die Automobilindustrie also in der Krise? Opel will 1.000 Arbeitsplätze zerstören, und die betriebsbedingten Kündigungen bis 2029 aussetzen. Wie geht das? „*Opel befindet sich in abschließenden Gesprächen mit dem Sozialpartner, um die attraktiven Freiwilligenprogramme auch weiterhin anzubieten*“, erklärt ein Konzernsprecher. »Freiwillig« sollen die Kolleginnen und Kollegen ausscheiden. Die Arbeitsplätze sind plattgemacht.

Auch bei VW, Audi und Porsche geht es in dieselbe Richtung. Bei VW soll alles »sozialverträglich« - man will von betriebsbedingten Kündigungen absehen - im Einvernehmen mit dem Betriebsrat und der IG Metall organisiert werden. Ziel, so schreibt »junge Welt« (17.4.2024), sei die Senkung der Kosten nur bei VW um rd. 20 Prozent, Steigerung »des Ergebnisses« um 10 Milliarden Euro bis 2026, davon vier im laufenden Jahr, Renditesteigerung auf 6,5 Prozent... Die junge Welt schreibt: „*2023 hat der Konzern einen Gewinn nach Steuern von knapp 18 Milliarden Euro erzielt, im Vorjahresvergleich bedeutet das ein Plus von 13 Prozent.*“ Aber die Zerstörung der Arbeitsplätze sei der »chinesischen Konkurrenz« geschuldet...

Bei Ford in Saarlouis endet die Produktion im November kommenden Jahres. Die IG Metall hat »Sozialtarifverträge« für Abfindungen verhandelt.

ThyssenKrupp Steel in Duisburg will eine »Neustrukturierung« mit einem noch nicht bezifferten »Abbau von Arbeitsplätzen«. Der Deutschlandfunk weiß, „*betriebsbedingte Kündigungen sollen weiterhin vermieden werden.*“ (12.4.2024)

Die Methoden ähneln sich sehr. In allen Fällen wird die Führung der IG Metall in den »sozialverträglichen Abbau« eingebunden. Also erneut eine Situation, in der nur »Schlimmeres verhindert« werden kann, in der »mehr nicht drin« ist?

Keinesfalls! Genosse Daniel Gluckstein schreibt im Editorial von »La Tribune des travailleurs« vom 17.4.2024 über die Bezüge des Vorstandsvorsitzenden von Stellantis, Tavares: „*mehr als 36 Millionen Euro, eine Steigerung von 56 % im Vergleich zum Vorjahr! Sechsunddreißig Millionen Euro: das Zweitausendfache des Lohns eines Stellantis-Arbeiters!*“ Alle möglichen Kräfte des politischen Spektrums prangern dies an. „*Die ersten, die die exorbitanten Summen, die Tavares versprochen wurden, anprangerten, waren ... einige der Aktionäre von Stellantis. Aber wo wären die Tavares vorenthaltenen Gelder hingegangen, wenn dies die Entscheidung gewesen wäre? An die Aktionäre zweifellos.*“

In diesem Kontext müssen wir Arbeitsplatzvernichtung bei Opel als Teil von Stellantis nochmals in den Blick nehmen: 1.000 zerstörte Arbeitsplätze »finanzieren« immerhin 50 Prozent der Gage, die Tavares erhalten soll. Genosse Daniel Gluckstein schreibt weiter: „*Man muss dazu sagen, dass dieses Unternehmen im vergangenen Jahr mehr als 18 Milliar-*

den Euro Gewinn gemacht hat, von denen fast 8 Milliarden an die Aktionäre in Form von Dividenden und Aktienrückkäufen ausgeschüttet werden. Übersetzt heißt das: Wenn Tavares den Lohn von 2.000 Arbeitern verdient, werden die Aktionäre den Lohn von über 400.000 Arbeitern einstreichen!

Das gilt übrigens für die gesamte Automobilindustrie. Die maßgebliche Nachrichtenagentur dpa-AFX berichtet, dass die 16 größten Automobilkonzerne im vergangenen Jahr einen Gesamtumsatz von über 2 Billionen Euro und einen Gewinn vor Zinsen und Steuern von 176 Milliarden Euro erwirtschaftet haben. Das entspricht den Löhnen und Gehältern von mehr als 9 Millionen Automobilarbeitern im selben Zeitraum. Und der Anteil dieser Gewinne, der an die Aktionäre ausgeschüttet wird, entspricht dem Lohn von 4 Millionen Arbeitern.“

In der Presse vom 14.4.2024 kann das detailliert nachgelesen werden. Und dabei lesen wir auch, dass Tesla im »Ranking« Plätze verloren hat. Der Konzern rutscht ab ins »Mittelfeld«. Die Antwort von Musk: 14.000 Arbeitsplätze werden zerstört – 3.000 in Grünheide. „*Das wird uns schlank, innovativ und hungrig für die nächste Wachstumsphase machen*“, zitiert die Tagesschau (15.4.2024) Musk.

Die einzigen, die dieser Kurs der Konzerne hungrig machen wird, sind die Kolleginnen und Kollegen und ihre Familien!

Der Krieg in Europa, Asien und auf den afrikanischen Kontinent bedingt die Explosion der Kriegs- und Rüstungsausgaben. Die sollen, so will es der CDU-Vorsitzende Merz aus dem »Verteidigungsministerium« des B. Pistorius (SPD) erfahren haben, bis 2028 auf 107,8 Milliarden Euro steigen. Derzeit sind es knapp über 72 Milliarden. Lindner (s.o.) will dies u.a. durch das »Moratorium bei den Sozialausgaben« und »Umschichtungen« im Haushalt unter Einhaltung der Schuldenbremse finanzieren.

Das »Sondervermögen Bundeswehr« im Volumen von 100 Milliarden sei zu zweidrittel »vertraglich gebunden« heißt es aus der SPD. Die, die von solchen und ähnlichen »vertraglichen Bindungen« profitieren, fahren satte Profite ein. Rheinmetall steigerte 2023 Umsatz und Gewinne (»Rekordgewinn«). Die übrigen »Mitbewerber« haben ähnliche Zahlen vorzulegen.

In der Zeit vom 22.4.2024 werden die Rüstungsausgaben nach Erhebungen des Internationalen Stockholmer Friedensforschungsinstitut (Sipri) veröffentlicht. Danach sind im Jahr 2023 die weltweiten Militärausgaben auf ein Allzeithoch von 2,44 Billionen Dollar (ca. 2,25 Billionen Euro) gestiegen. Deutschland liegt nach dieser Übersicht mit einem Plus von auf Platz sieben der Rangliste mit den höchsten Rüstungsausgaben, hinter Großbritannien und vor der Ukraine und Frankreich. Der Kampf bis zum »letzten Ukrainer« führt dazu, dass das Selenskyj-Regime 37 Prozent des BIP, 58 Prozent der Staatsausgaben für den Krieg ausgibt. Die Kriegs- und Rüstungsausgaben der Ukraine stiegen um 51 Prozent auf 64,8 Milliarden Dollar. Zusätzlich erhielt das Land »Militärhilfen« in Milliardenhöhe. Doch, da gibt es für das Oligarchen-Regime in der Ukraine keine Alternative: Nichts ist geschenkt! BlackRock und Pimco drängen jetzt die Ukraine, ab 2025 Schulden zurückzuzahlen. Die Plünderung der Resourcen des Landes durch die Kapitalistenklasse der imperialistischen Staaten steht auf der Tagesordnung. Da ist kein Platz für die Oligarchen im Regime um Selenskyj.

„*Kaliningrad neutralisieren*“, fordert der frühere Nato-Oberbefehlshaber James Stavridis. Mit dem Nato-Beitritt von Schweden und Finnland soll die Ostsee wird zur »NATO-See« werden – wären da nicht noch Kaliningrad, Petersburg etc.

→ Neben der Drohung des militärischen Eingreifens der NATO in der Ukraine (Macron) geht die Eskalationsspirale des Imperialismus weiter.

Es ist die Verantwortung der Revolutionäre, dagegen den entschlossenen Widerstand, d.h. einschließlich des kompromisslosen Widerstands gegen jede Politik des Burgfriedens voranzutreiben. Dies gilt in gleicher Weise für den Krieg im Nahen Osten, auf dem afrikanischen Kontinent. Krieg oder proletarische Revolution heißt heute die Alternative. Kein Kampf gegen den imperialistischen Krieg ohne den Kampf für die proletarische Revolution.

Die Angriffe auf das Demonstrations- und Versammlungsrecht nehmen an Massivität drastisch zu. Der Krieg im Inneren: Wer gegen die von der Regierung Scholz verkündete »Staatsräson« verstößt, wird durch die versammelte Staatsgewalt bedroht, eingeschüchtert, in seinen Rechten beschnitten und kriminalisiert. Diese »Staatsräson« bedeutet die politische, finanzielle und militärische Unterstützung des zionistischen Staates Israel durch den deutschen Imperialismus. Bestenfalls wird angesichts des Völkermordes des Netanjahu-Regimes im Gazastreifen der Schutz der Zivilbevölkerung erbeten, während zugleich die ohnehin kargen Mittel für das »Palästinenserhilfswerk«, UNRWA, eingestellt werden.

Wer sich jedoch an die Seite des palästinensischen Volkes stellt, wird angeführt von der Regierung Scholz und des ihr folgenden Staatsapparates, wegen eines so konstruierten »israelbezogenen Antisemitismus« angegriffen, abgeführt, inhaftiert... im schlechtesten Fall abgeschoben. Selbst jüdischen Kämpfern wird mit dem Polizeiknüppel eingebläut, wie Antisemitismus in Deutschland definiert wird. So (vgl. jW, 23.4.2024) verfügt die Polizei, dass beim palästinensischen Protestcamp vor dem Reichstag Reden, Lösungen, Gesänge nicht auf Hebräisch gehalten werden dürfen. Die Räumungen, zuletzt an der FU in Berlin zeigen eines in aller Deutlichkeit: Die Regierungen der »Wertegemeinschaften« entpuppen sich zunehmend als Regimes, die zur Repression übergehen. Sie bedienen sich dabei ganz unverhohlen der Mittel der Fälschung. So macht die »Student Coalition Berlin« am 10.5.2024 klar, dass die von der Berliner Bildungssenatorin Czyborra (SPD) im Radiointerview bei Inforadio rbb am 10.05.2024 geäußerten Behauptungen bezüglich der studentischen Demonstrationen, die am 07.05.2024 an der Freien Universität Berlin stattfanden, mit diesem Mittel arbeiten: „*Es ist wichtig zu betonen, dass die Berichte über das Verbrennen israelischer Flaggen, Angriffe von protestierenden Student*innen auf jüdische Studierende, antisemitische Aussagen und erhebliche Sachbeschädigungen nicht der Wahrheit entsprechen.*“ Was heute an den Universitäten geschieht, ist die Vorbereitung auf die massiven Angriffe gegen die Jugend und die Arbeiterklasse insgesamt. Dass die Polizeirepression am 1. Mai in Zusammenarbeit mit Ordnern des DGB (!) gegen die vorgeht, die Solidarität mit dem palästinensischen Volk, das sofortige Ende des Krieges und des Genozids fordern, unterstreicht die Stoßrichtung, die sich direkt – wiederholen wir es – auf den Burgfrieden stützt.

Dies geschieht in einer Situation, in der die bürgerlichen Parteien, CDU/CSU, FDP und die Partei der Rechtsradikalen, in Teilen der Faschisten, die AfD, einen massiven Angriff auf das Streikrecht ankündigen. Ein Angriff, der nur ein Zeil haben kann: Die Zerstörung der Gewerkschaften als Organisationen der Arbeiterklasse.

Sie wollen den Marsch in den Krieg und den sozialen Krieg. Wie anders sollen Scholz, Pistorius mit der »Zeitenwende« hin zur »Kriegsfähigkeit« verstanden werden. Und dazu zählt der Krieg im Inneren. Pistorius ist im ZDF am 8.4.2024 un-

missverständlich: „*Uns nützen die schönsten digitalen Bibliotheken und die schönsten Fahrradschnellwege nichts, wenn wir angegriffen werden und nicht in der Lage sind, uns verteidigen zu können. Es geht um Prioritätensetzung. Ja, es wird Einschnitte im Haushalt geben müssen, wenn wir die Verteidigung gewährleisten wollen.*“ Damit soll, wie in den Kriegen zuvor, die »Heimatfront« darauf eingeschworen werden, Entbehrungen jeglicher Art zu ertragen. Aber das hat die »Heimatfront«, v.a. die Frauen, nie daran gehindert, Brot und Frieden zu fordern.

Mit der Ausweitung der Kriege machen die Regierung Scholz und die EU-Kommission das Asylrecht zur Makulatur. Wie Baerbock am 20.12.2023 erklärt: „*verlässliche Regeln für Migration und Asyl. Humanität und Ordnung sind dafür die Leitplanken.*“ Die, die vor den imperialistischen Kriegen und ihrer Auswirkungen flüchten müssen, werden mit »verlässlichen Regeln« zurückgedrängt.

Oder die Pläne von Verkehrsminister Wissing und anderen zur weiteren Einschränkung des Streikrechts. Via Bildzeitung vom 3.3.2024 droht der FDP-Mann unverhohlen: „*Neben den massiven Beeinträchtigungen des Alltags für weite Teile der Bevölkerung sollten sich die Verantwortlichen ins Gedächtnis rufen, dass in Europa Krieg herrscht. Diese Tarifauseinandersetzung darf nicht zum Sicherheitsrisiko werden! Wir müssen für dieses Problem eine gemeinsame Lösung finden.*“ Diese »Lösung« finden FDP und CDU/CSU und AfD in der weiteren Amputation des Streikrechts in Deutschlands: Zwangsschlichtung, Tage der Vorankündigung von Streiks, Sicherstellung von Mindestdiensten (z.B. im Personen- und Güterverkehr) usw.

Die Parteien der Bourgeoisie gehen mit ihren Angriffen auf die demokratischen und Gewerkschaftsrechte ein hohes Risiko ein. Wiederholen wir es: Sie bereiten enorme soziale und politische Explosionen vor.

Offensichtliche Fälschungen, Etikettenschwindel sind in dieser Situation eines der Mittel derer, die sich selbst als »Fortschrittskoalition« definieren, eine Koalition, die nichts mit Fortschritt im Interesse der Werktätigen und der Demokratie zu tun hat, dafür aber im Verein mit der EU und der NATO alles daran setzen, die Errungenschaften der Werktätigen und die Demokratie zu schleifen.

Das von der grünen Familienministerin vorgelegte und von Lindner eingedampfte »Kindergrundsicherungsgesetz« soll laut Koalitionsvertrag „*mehr Kinder aus der Armut holen*“ – aber eben nicht alle der nach Angaben der Ministerin 20 Prozent armer Kinder. Ein unzureichendes Existenzminimum für Kinder in einer reichen Gesellschaft ist das Programm, das als »Fortschritt« verkauft werden soll. Die Hans-Böckler-Stiftung hat am 18.4.2024 Berechnungen vorgelegt, wonach die geplanten Leistungen um bis zu 30 Prozent unter dem Existenzminimum liegen. Eine Grundsicherung, die dem von Lindner ausgegebenen Ziel des mehrjährigen Moratoriums bei den Sozialausgaben zugunsten der Rüstung- und Kriegswirtschaft entspricht.

Lauterbach legt ein »Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz« und ein »Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz« vor. Ersteres ist die Basis für die Zerschlagung der Krankenhauslandschaft, das zweite bringt »Transparenz, verlagert Zuständigkeiten auf die Kommunen, die bereits weitgehend ruiniert sind und stellt alles andere als eine »Stärkung« der Gesundheitsversorgung dar.

Symptomatisch für diese Politik sind »Gesundheitskioske«. Sie sollen installiert werden in „sozial benachteiligten Regionen und Stadtteilen“. Voller Verachtung und Zynismus wer-

den die ärmsten der Armen statt zum Arzt zur »Behandlung« zum »Kiosk« geschickt.

Etikettenschwindel, ein Begriff, der korrekterweise auch als Betrug gilt. Der Gesundheitsminister erklärte am 17.4. „Es wird zu Klinikschließungen kommen, das ist auch gewollt“. Der Mann bleibt seiner zerstörerischen Politik treu: Schon als Bundestagsabgeordneter twitterte er am 4.7.2019: „Jeder weiß, dass wir in Deutschland mindestens jede dritte, eigentlich jede zweite, Klinik schließen sollten. Dann hätten wir anderen Kliniken genug Personal, geringere Kosten, bessere Qualität, und nicht so viel Überflüssiges.“ Er hat Stallgeruch: Als Berater der SPD-Gesundheitsministerin U. Schmidt gehörte er dem ersten börsennotierten Klinikkonzern in Deutschland als Aufsichtsrat an. Am 2.3. erklärte Lauterbach gegenüber der NOZ: „Es braucht auch eine Zeitenwende für das Gesundheitswesen. Zumal Deutschland im Bündnisfall zur Drehscheibe bei der Versorgung von Verletzten und Verwundeten auch aus anderen Ländern werden könnte.“ Kann der Krieg und der soziale Krieg klarer in einem Punkt konzentriert werden?

Fast 35 Jahre nach dem Fall der Mauer besteht die Spaltung zwischen Ost und West fort! Dazu einige Beispiele, die zeigen, vor welchen Aufgaben die Arbeiterbewegung steht.

Die Löhne und Renten: Am 3.4. veröffentlicht das Statistische Bundesamt, dass im Jahr 2023 im Westen der Durchschnittsbruttoverdienst 4.578 Euro, während im Osten nur 3.754 Euro verdient werden konnten. Damit ist die Altersarmut im Osten vorprogrammiert. Doch auch bei den Renten werden die Kolleginnen und Kollegen im Osten bestraft: Sie müssen mehr – z.T. erheblich mehr – Einkommenssteuer als Rentner im Westen mit vergleichbaren Einkünften zahlen (vgl. jW, 22.4.2024). Es ist keine »Angleichung«, sondern die Verstetigung der Niedrigrenten auf der Basis der Niedriglöhne!

Gesundheitsversorgung: Lauterbachs »Revolution«, bessere Versorgung mit weniger Krankenhäusern, ist solch ein Etikettenschwindel. Im Osten sehen es die Werktätigen: 40 Prozent der Krankenhausbetten sind »abgebaut«, 93 von 366 Krankenhäusern sind seit 1990 zerstört (vgl. jW, 18.4.2024).

Die Liste könnte fortgesetzt werden... Die Beispiele zeigen: Das System der Ausbeutung, System des Privateigentums an den Produktionsmitteln, kann und will die soziale Einheit nicht herstellen, setzt die Teilung fort und vertieft sie. Eine andere Bilanz kann nach nahezu 35 Jahren nach dem Fall der Mauer nicht gezogen werden.

Genossinnen und Genossen, Kolleginnen und Kollegen,

in einer Zeit, in der der Übergang zur Kriegswirtschaft im Rahmen der Militarisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens ankündigt wird, ist die klare Position gegen diesen Marsch in den Krieg unerlässlich. Die Mitglieder der ISG, deutsche Sektion der IV. Internationale, bekräftigen in völliger Übereinstimmung mit dem 58. Kongress der französischen Sektion: „Der Krieg in der Ukraine, wie der Krieg zur Vernichtung des palästinensischen Volkes, wie die Kriege, die Afrika verwüsten, sind weder religiöse oder »ethnische« Konflikte noch das Produkt der »Verrücktheit« von Staatschefs. Es sind imperialistische Kriege, die Folgen der Krise des kapitalistischen Systems, das auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln beruht. Ein System, das nicht mehr in der Lage ist, der Menschheit den geringsten Fortschritt zu bringen, das Kriege hervorbringt, von denen die Rüstungsindustrie am meisten profitiert, das die von der Arbeiterbewegung erkämpften kollektiven Errungenschaften zerschlägt, das Millionen in Arbeitslosigkeit und Elend stürzt, das alle demo-

kratischen Rechte angreift und zunehmend autoritäre Regime errichtet. Ein System, das nicht in der Lage ist, ein echtes Gleichgewicht zwischen den Menschen und ihrer Umwelt herzustellen und zu bewahren, weil es nur auf die Anhäufung von Profiten in den Händen einer Minderheit abzielt.

Nur die Arbeiterklasse ist in der Lage, den Marsch in Chaos, Krieg und Barbarei zu verhindern. Voraussetzung dafür ist, dass sie die politische Macht in ihre Hände nimmt, um dieses gescheiterte System zu beenden und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel einzuleiten. Die weltweit wachsende Klasse der Lohnabhängigen ist die einzige, die in der Lage ist, diesen unerlässlichen Bruch zu vollziehen. Keine Glühbirne leuchtet, kein Zug fährt, keine Ware wird ohne die Arbeiterklasse produziert. Sie ist es, die den gesamten Reichtum produziert, sie ist es, die die Fähigkeit hat, die gesamte Gesellschaft neu zu organisieren, alle Ausgebeuteten hinter sich herzuziehen und den gigantischen angehäuften Reichtum und den gewaltigen technischen Fortschritt in den Dienst der Menschheit zu stellen.

Dieser Kampf zur Beendigung der kapitalistischen Barbarei ist der Kampf für die Macht der Arbeiterklasse und den Sozialismus, der Kampf der Vierten Internationale“

Das ist unser Kampf weltweit.

Der Marsch in den Krieg ist für jede kapitalistische Regierung ein Anlass zur Herstellung des »Burgfriedens«. Die Hauptanklage der IV. Internationale gegen die Führungen der Parteien und Organisationen, die sich auf die Arbeiterbewegung berufen besteht darin, dass sie sich weigern, mit dem kapitalistischen System, seinen Vertretern und seinen Institutionen - NATO, Europäische Union und UNO - zu brechen, indem sie für die Milliarden für den Krieg stimmen, aus denen die Plünderung des Budgets der Krankenhäuser, der Schulen und der öffentlichen Dienste resultiert...

Für die IV. Internationale darf es unter keinen Umständen eine »nationale Union«, einen Konsens zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern geben. Wir verteidigen die Existenz und die Unabhängigkeit der Gewerkschaften als unverzichtbare Instrumente für den Widerstand gegen die Ausbeutung und gegen den imperialistischen Krieg.

Genossinnen und Genossen, Kolleginnen und Kollegen, zeigt dies alles nicht, dass Schluss gemacht werden muss mit dem Regime des Privateigentums an den Produktionsmitteln, dem Regime der Ausbeutung, das in den Krieg führt? Notwendig ist die Beschlagnahmung der Dividenden und Profite. Notwendig ist die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, die Arbeiterkontrolle über die Produktion. D.h. die Kontrolle muss in die Hände derer, die die Produzenten sind, ohne deren Arbeit sich nichts bewegt. Kämpfen wir für Arbeiterpolitik, den Aufbau einer Arbeiterpartei für die Regierung der Arbeiter. Dieser Kampf, der Kampf für den Sozialismus, steht mehr denn je auf der Tagesordnung!

Das ist der Kampf, den wir als ISG gemeinsam mit Genossinnen und Genossen, Kolleginnen und Kollegen im Komitee für eine Arbeiterpartei führen. Der Aufbau einer unabhängigen Arbeiterpartei ist unverzichtbar, weil sich die Arbeiterklasse als Klasse verteidigen und alle ihre Errungenschaften zurückerobern muss. Lasst sie uns gemeinsam aufbauen! Aufbauen dafür, dass die Jugend und die, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen um zu überleben, die Mittel finden für die Durchsetzung von Arbeiterpolitik und Arbeiterregierung. ■

Lest und abonniert »Die Internationale«

Zeitschrift des Organisationskomitees für die Wiederherstellung der IV. Internationale (OK)

Ich bestelle Exemplare der Nr. Einzelpreis: 5,- EUR zzgl. Porto.
 geschlossener Umschlag: 1,55 EUR Ausland: 3,70 EUR

Ich abonneiere »Die Internationale« im Abonnement (für 6 Ausgaben)

im Hand-Abo: 30,- EUR
 im Post-Abo (geschl. Umschlag): 39,30 EUR Abo

Ausland: 52,20 EUR

Bestellschein an eMail: okw4i@web.de

Name:

Adresse:

eMail:



Lest und abonniert »Die Internationale - Arbeiterkorrespondenz«

Organ der deutschen Sektion des Organisationskomitees
für die Wiederherstellung der IV. Internationale (OK)

Ich bestelle Exemplare der Nr. Einzelpreis: 1,- EUR, zzgl. Porto.
 geschlossener Umschlag: 0,95 EUR Ausland: 1,70 EUR

Ich abonneiere im Hand-Abo: 10,- EUR im Post-Abo: 19,50 EUR
 Jahres-Abo Ausland: 27,- EUR **für jeweils 10 Ausgaben**

Bestellschein an eMail: okw4i@web.de

Name:

Adresse:

eMail:



Das Übergangsprogramm

INHALT:

Einführung in die französische Ausgabe (Auszüge)

TEIL I: Bericht (Auszüge)
der II. Internationalen Konferenz des OK

TEIL II: Der Todeskampf des Kapitalismus und die Aufgaben der IV. Internationale

- Das Übergangsprogramm

TEIL III: Manifest der
II. Internationalen Konferenz des OK

TEIL IV: Manifest der IV. Internationale

- Der imperialistische Krieg und die
Weltrevolution der Arbeiterklasse



Einzelpreis:
7,- EUR
A 4, 52 Seiten

zzgl. Porto:

geschlossener
Umschlag:
1,55 EUR
 Ausland:
3,70 EUR

Bestellschein an
eMail:
okw4i@web.de